

BI zum Schutz vor Atomenergiegefahren

Der Protest gegen Atomanlagen begann im badischen Whyll, als 1975 der Bauplatz für ein dort geplantes Atomkraftwerk besetzt wurde. Das Neue war, dass sich dabei unterschiedliche Milieus zusammenfanden: Studierende und Bäuer*innen, Junge und Alte.

Ein Jahr darauf, Ende Februar 1976, wurde bekannt, dass zu den möglichen Standorten für eine atomare Wiederaufbereitungsanlage (WAA) und ein Atommüllendlager auch Lutterloh (bei Unterlüß) im Landkreis Celle gehörte. Im Mai bildete sich daraufhin in Hermannsburg die „Bürgerinitiative Südheide für den Schutz vor Kernenergiegefahren“. Kurz vor der ersten Demonstration gegen das Projekt gründete sich nach einer Veranstaltung mit BI-Vertreter*innen aus Unterlüß und Uelzen in Celle mit rund 50 Personen die „Bürgerinitiative zum Schutz vor Atomenergiegefahren“.

Am 9. November 1976 verabschiedete die Bürgerinitiative ihre Gründungserklärung, die – weil auf ebensolchem gedruckt – später immer „Grünes Papier“ genannt wurde (drei Jahre vor der Gründung der „Grünen“):

„Die 'Bürgerinitiative Celle zum Schutz vor Atomenergiegefahren' - so unser Name - hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Bevölkerung vor den Gefahren, die aus der Nutzung der Atomenergie entstehen können, zu schützen. Dazu gehört besonders die Verhinderung der Errichtung und In-

betriebnahme von Wiederaufbereitungsanlagen und Atommüll-Deponien, nicht nur in Niedersachsen.“

Organisierung als Bürgerinitiative

Die Bürgerinitiative traf sich regelmäßig jeden Dienstag; zunächst im „Gildekrug“ (dem späteren „Le Bistro“ bzw. GDS), dann im „Haus der Jugend“ und schließlich im mit Frauengruppe und Grünen genutzten Büro „Auf dem Kampfe“. Auf diesen Treffen wurde alles besprochen: aktuelle Entwicklungen, interne Bildung, Planung der Infostände und Veranstaltungen, Erarbeitung und Druck von Flugblättern, Demonstrationsmobilisierung und -organisation.

In „guten“ Zeiten kamen zwei Dutzend Leute zu den Treffen. Anders wäre auch kaum möglich gewesen, dass die BI in den Jahren 1979 bis 1982 fast wöchentlich einen Info-Stand in der Fußgängerzone organisieren konnte. Neben den Flugblättern, die verteilt wurden, fungierte der Stand auch als Büchertisch. Denn schnell gab es eine Vielzahl an Broschüren und Büchern, mit denen eine Gegenöffentlichkeit zur Regierungspropaganda fachlich untermauert wurde. Nachdem es zunächst auf Initiative der BI Südheide als regelmäßige Publikation die Zeitschrift „Atommüll“ gab, kam ab Mai 1977 der „ATOM EXPRESS“, herausgegeben vom „Göttinger AK gegen Atomenergie“, dazu. Von letzterem wurden zu „allerbesten“ Zeiten 80 Exemplare in Stadt und Landkreis Celle verkauft. Neben Mitgliedsbeiträgen und Spenden wurde die Arbeit der BI zum Teil durch den Verkauf von Broschüren und Zeitschriften finanziert.

Bis 1982 produzierte die BI eigenständig mindestens 70 Flugblätter; und das auf einer eigenen Druckmaschine. Verteilt wurde in Auflagen zwischen 750 – 2500 Exemplaren in der Altstadt, vor Schulen und Fabriken.

Für viele der damaligen BI-Mitglieder dürfte es die intensivste Zeit politischer Arbeit gewesen sein – mit einem enormen Erfahrungsgewinn:

- 1.) Basisdemokratische Organisation funktioniert; alle können alles, wenn auch nicht alle alles gleich gut.
- 2.) Es kann gelingen, die Lügen von Staat/Politik bei der Durchsetzung gefährlicher Projekte zu entlarven.
- 3.) Demonstrationen und Massenmobilisierungen können einen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.
- 4.) Der Staat reagiert gegen wirksamen Protest mit Repression. Aber: Solidarität kann die Auswirkungen auf Einzelne mindern.

Brokdorf, Grohnde, Kalkar

Das Jahr 1977 ist im historischen Rückblick dominiert durch die Auseinandersetzung zwischen RAF und Staat.



Für die politische Sozialisation zehntausender, vor allem junger Menschen aber waren die Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf (19.2.), Grohnde (19.3.) sowie in Kalkar (24.9.) von größerer Bedeutung. Erstmals seit den Jahren der Studentenbewegung gab es wieder Großdemonstrationen, die den Teilnehmenden ein Gefühl von Stärke und Wirkmacht vermittelten.

Aber es gab auch massiven medialen und polizeistaatlichen Gegenwind. So wehrte sich die BI im Frühjahr in zwei Flugblättern gegen die Berichterstattung in der Celleschen Zeitung und der BILD, die in der Bewegung „linke Chaoten“ und „Radaubröder“ am Werke sehen – und „Steinzeitmenschen“. Im März 1977 begann Jan Klugkist in der CZ einen Kommentar mit einem „Witz“:

„Zwei Steinzeitmenschen sitzen, mit Pfeil und Bogen bewaffnet, in ihrer Höhle und starren nach draußen, wo es regnet. Meint der eine Steinzeitmensch zu dem anderen: „Dass es jetzt schon seit vier Wochen regnet, liegt an unseren neuen Waffen.“

Die BI kommentierte: *„Wir sind keine „Steinzeitmenschen“, die mißtrauisch gegen alles Neue sind. Vielmehr sind wir fortschrittliche Menschen und abgeschlossen gegenüber neuen umweltfreundlichen Methoden der Energiegewinnung. Wir halten nicht an dem veralteten Atomenergieprogramm fest, das überlassen wir konservativen Politikern, die nicht mehr in der Lage sind, von dem einmal als gut erachteten abzuweichen, obwohl sich dieses als schlecht erweist.“*

Grohnde stilisierte die BILD zur „Schlacht“ und schrieb: *„Demonstranten kamen mit Beilen, Spießen, Rasiermessern, Sichel und Molotow-Cocktails.“* Die BI hatte im Flugblatt eine andere Sicht der Dinge:

„Grohnde ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Polizeistaat. Etwa 20000 Demonstranten marschierten mit Besetzungsabsichten zum Baugelände. [...] Am Baugelände kamen beide Parteien sogleich zur Sache. Die Polizei setzte sofort ihre Wasserwerfer ein und wir versuchten, den Zaun zu überwinden. Als der Zaun schon fast eingerissen war, marschierten starke Polizeiverbände auf. In Anbetracht dieser Polizeiarmerie zogen sich die Demonstranten zurück. Trotzdem wurden sie von der Polizei angegriffen (Durch Panzerwagen und berittene Polizisten). Die Demonstranten wurden zur Gegenwehr gezwungen und erst hierbei gab es zahlreiche Verletzte. Herr Albrecht versucht, die Demonstranten von Grohnde als Gewaltverbrecher und Kommunisten abzustempeln.

In unserer Serie über „Neue Soziale Bewegungen“ berichteten wir bereits über „Bürgerinitiativen gegen eine WAA und ein Atommüllendlager im Landkreis Celle“ (revista Nr. 34, April/Mai 2006) sowie „Der Gorleben-Treck 1979 kommt durch Hermannsburg und Celle / „Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann Feyndt wird“ “ (revista Nr. 42, März/April 2009). Beide Artikel stehen im revista-online-Heftarchiv zum Download. Die dort behandelten Themen werden hier nicht erneut ausbreitet.



Doch Platzbesetzungen sind ein Kampfmittel der Bürgerinitiativen.“

Zur Demonstration in Kalkar (24.09.) waren die Celler*innen bereits um 2 Uhr aufgebrochen. Unterwegs wurden sie sechsmal durch Polizei aufgehalten und „gefilit“. In einem Flugblatt wird aufgeführt, was die Polizei bei einem Mitfahrer beschlagnahmte: *„1 Schutzhelm, 1 Spraydose, Schlauch mit 1 Liter Wasser, 1 Fläschchen Borwasser, 1 Kanister (leer), 1 Halstuch“.*

Die Spaltung der Bürgerinitiative

Ende Februar 1978 luden 11 Personen zu einer Neukonstituierung einer Bürgerinitiative zu einer Versammlung in den „Schifferkrug“ ein. Ihre Begründung: *„eine kleine Gruppe forderte bei jeder Gelegenheit stereotyp die Durchsetzung ihrer im Wesentlichen vom KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) bestimmten politischen Zielvorstellungen – die große Mehrheit blieb daraufhin aus Protest zunehmend allen Zusammenkünften fern [...] Jetzt ist daher eine klare Abgrenzung von dieser Restgruppe unaufschiebbar geworden“.*

Eine öffentliche Reaktion der BI hat es anscheinend nicht gegeben. In der Tat aber war in Celle der KBW unter den K-Gruppen die „Stärkste der Partei'n“ und versuchte in der BI, seinen Einfluss geltend zu machen. Das war gelegentlich, wie Zeitzeugen sich erinnern, nervig. Aber: Die komplette Sammlung der Flugblätter der Bürgerinitiative weist in keinem einzigen Absatz eine Nähe zu der ideologische Positionierung des KBW auf.

Die Bürgerinitiative zum Schutz vor Atomenergiegefahren blieb auch in den Folgejahren die dominierende Kraft vor Ort. Die Neugründung der „Unabhängigen Bürgerinitiative gegen Kernenergie-Gefahren“ bekam im Folgenden aber insoweit Bedeutung, als in ihr ein Gründungskern der Celler GRÜNEN versammelt war.

Kriminalisierung - Solidarität

Aus Anlass der Grohnde-Demonstration wurden im Jahr 1978 insgesamt 16 Personen wegen Landfriedensbruchs angeklagt. Neben einigen Freisprüchen und Geldstrafen wurden vier Personen zu Bewährungsstrafen verurteilt. Fünf AKW-Gegner wurden zu Haftstrafen ohne Bewährung zwischen 11 und 13 Monaten verurteilt. Im Januar 1979 reichte die Bezirksregierung Hannover dann noch eine Schadensersatzklage gegen 18 Grohnde-Demonstrat*innen ein. Sie sollten für angeblich entstan-



denen Schäden 233.926,08 DM bezahlen. Die Schadensersatzforderung wurde im Grundsätzlichen erst im Jahr 1984 durch den Bundesgerichtshof abgewiesen.

Die Bewegung verstand sehr gut, dass sich die Kriminalisierung gegen alle richtete. Die Losung war: „Angeklagt – wir alle.“ Die BI zeigte im Februar einen Film über die Grohnde-Demonstration und informierte über die Prozesse. Die Überschrift des einladenden Flugblatts lautete: „Was ist kriminell? Atomkraftwerke bauen oder sie verhindern“. In Hannover gab es am 25. Februar eine Soli-Demonstration mit rund 7.000 Teilnehmer*innen.

Gorleben-Treck nach Hannover

Am 14. März 1979 begann mit Flachbohrungen, übrigens durch die Firma Celler Brunnenbau, die Baugrunduntersuchung in Gorleben. Einen Monat zuvor hatte die Anti-AKW-Bewegung auf einer Konferenz mit 1.300 Teilnehmer*innen beschlossen, Ende März einen Treck aus dem Wendland nach Hannover zu starten. Zeitgleich veranstaltete dort die Landesregierung das sogenannte „Gorleben-Hearing“. Am 25. März startete der Treck in Gedelitz. Vier Tage später kam er durch Celle, wo die BI einen Kundgebung auf dem Großen Plan organisiert hatte, zu der rund 600 Teilnehmer*innen kamen. Auf einer Abendveranstaltung im „Allerkrug“ in Altencelle trat u.a. der Liedermacher Walter Mossmann auf. Und dort schon machte die Nachricht die Runde, dass es im AKW Three Mile Island im US-amerikanischen Harrisburg einen GAU gegeben hatte. Dies mag Vielen den letzten Anstoß gegeben haben, denn: Am 31. März 1979 kamen



Foto: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz

rund 100.000 Menschen nach Hannover. (Am 14. Oktober 1979 versammelten sich dann in Bonn erneut über 100.000 AKW-Gegner*innen.)

Im Mai gab die Landesregierung den Verzicht auf den Bau einer WAA bekannt, am End- und Zwischenlager in Gorleben aber wurde festgehalten. Die BI sah hierbei vor allem Taktik, Ministerpräsident Albrecht (CDU) halte damit alle Optionen offen: „Während das Zwischenlager den ersten Schritt zur Bau der WAA darstellt, löst es auch das gegenwärtige Problem der Zwischenlagerung von Uranbrennstäben aus jetzt im Betrieb befindlichen AKWs. Mit dem Bau eines Zwischenlagers wird daher auch der Weiterbetrieb und Ausbau von AKWs sichergestellt.“ (Flugblatt vom Juni 1979)

Die Lichter gehen nicht aus

Bundeskanzler Schmidt (SPD) betonte in einer Regierungserklärung „die Unverzichtbarkeit von Kernenergie in den nächsten Jahrzehnten.“ Die BI fragte: „Gehen ohne Atomstrom und Öl die Lichter aus?“ Anhand offizieller Angaben der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke belegte die BI, dass die Spitzenlast am kältesten Wintertag einen Stromverbrauch von 47.000 MW betrug. Auch ohne Öl und Atomenergie waren aber Stromerzeugungskapazitäten von 62.300 MW vorhanden. In dem Flugblatt wird weiter auf die Möglichkeiten von Bioenergie verwiesen: neben tierischen und pflanzlichen Abfällen wird argumentiert, dass „beim Anbau von Lupinen (Leguminosen) auf 15 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche ca. 10.000 MW [...] in Methanwerken freigesetzt“ werden könnten. Weiter wurde auf neue Energiequellen hingewiesen: „Sonnenenergie, Windenergie, Erdwärme“. Kritisiert wurde, dass 40 % des Stromverbrauchs zu Heizzwecken verwendet würde (Nachtspeicherheizungen). Diese Argumentation wurde in den Folgejahren jeweils mit aktualisierten Zahlen wiederholt.

Gorleben soll leben

In Norddeutschland rückte zunehmend Gorleben ins Zentrum der Aktivitäten. Im Januar 1980 listete die BI die von der Atomindustrie geforderten Infrastrukturmaßnahmen auf; Titel des Flugblatts: „Umweltzerstörung bereits vor Bau des Atommüllzentrums“. In einer Diskussionsvorlage der „Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen“ (DWK) war u.a. Folgendes vermerkt: „Um einen schnellen und sicheren Transport zu gewährleisten, sind in Uelzen, Lüneburg und Celle Ortsumgehungsstraßen erforderlich.“ Statt des Transports abgebrannter Brennelemente auf der Straße wurde später bekanntlich die Bahn zur ersten Wahl.

Anfang Mai informierte die BI über die Bohrplatzbesetzung in Gorleben und den Beginn der „Freien Republik Wendland“:

„Am 3. Mai haben nun 5000 AKW-Gegner den Bohrplatz besetzt. Die Besetzung ist Ausdruck des lokalen Widerstands. Ihre Stärke ist das gemeinsame Handeln örtlicher und auswärtiger Initiativen. Mit der Besetzung werden folgende Forderungen gestellt: Einstellung aller

Bohrarbeiten in Gorleben und anderswo, denn es sind Bauarbeiten! Kein Zwischenlager in Gorleben, denn es ist die erste Baustufe des Wiederaufbereitungszentrums! Einstellung jeder weiteren Atommüllproduktion und Ablösung der Atomenergie durch menschengerechte Energie!“

Nach der Räumung am 4. Juni riefen die Bürgerinitiative, Die Grünen, die Jusos und Studenten der Theologischen Akademie in Celle zu einem Schweigemarsch auf; im Flugblatt wird die Räumung so kritisiert:

„Bei der Räumung befanden sich rund 2000 Atomkraftgegner sitzend auf dem Dorfplatz, um diese zu verhindern. Die Polizei und der BGS demonstrierten ihre Stärke mit Hubschrauberstaffeln, Wasserwerfern, Schützenpanzern, Hunde- und Reiterstaffeln. Obwohl sich die Platzbesetzer passiv verhielten, gingen einzelne Polizisten mit Schlagstöcken gegen sie vor. Hierbei kam es auf Seiten der Demonstranten zu Verletzten. Wohin soll es führen, wenn Polizei und BGS das Atomprogramm gegen große Teile der Bevölkerung durchsetzen?“

Die dann im Oktober 1980 stattfindende Bundestagswahl war geprägt von der Kanzlerkandidatur von Franz-Josef Strauß, was mit dazu beitrug, dass die Grünen bei ihrer ersten Kandidatur nicht über 1,5 % hinauskamen.

Brokdorf – Polizeistaat

Nachdem am 6. Februar 1981 nach vierjährigem faktischen Baustopp in Brokdorf die Arbeiten wieder aufgenommen waren worden, mobilisierte die Anti-AKW-Bewegung zu einer Großdemonstration am 28. Februar. In einem eigenen Flugblatt mit der Überschrift „Warum wir Brokdorf verhindern werden“ wurden im wesentlichen zwei Argumente genannt: Das AKW würde „gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung gebaut“, und: „Es ist nicht geklärt, was mit dem Atommüll, den Brokdorf und andere AKWs produzieren, passieren soll.“

Rund 100.000 Menschen machten sich auf den Weg. Die BI Celle fuhr mit einem Reisebus, etlichen PKW und insgesamt gut 100 Leuten schon um 4 Uhr los. Trotzdem erreichten nicht alle den Bauplatz. Die Demonstration war verboten und mit 20-30.000 Beamten erlebte die Republik den bis dahin größten Polizeieinsatz. Hier ein Bericht eines Celler Augenzeugen, veröffentlicht in einem Flugblatt von Anfang März:

„Ich kam gegen 16.20 Uhr am Bauplatz an. An der rechten Seite des Bauzauns ist gerade ein kleines Grüppchen, das den Bauzaun angreifen wollte, mit Wasserwerfern von der Bullerei abgewehrt worden. Ich ging weiter nach rechts (Osten) auf einem parallel zum Bauzaun gelegenen Weg. Das Feld zwischen dem Weg und dem Bauzaun war etwa 80 m breit und wurde andauernd von der Polizei mit Tränengasgranaten beschossen. [...] Einige warfen Tränengasgranaten wieder zurück auf die andere Seite oder schlugen sie auch wie beim Baseball mit Schlägern zurück. [...] Es war jedem klar, daß ein Angriff auf den Bauzaun fehlschlagen müsse. Gegen 17 Uhr riefen Lautsprecherwagen und einzelne Leute mit

4900
21. Jan. 1981



bürgerinitiative celle
zum schutz vor atomenergiegefahren



VIDEO-FILME

Nachdem die Filmvorführung der Bürgerinitiative im November ("Paul Jacobs und die Atomhande") auf erfreulich großes Interesse gestoßen ist, werden wir in den nächsten Wochen weitere Filme zeigen. Thema ist der Widerstand gegen Atomanlagen von 1975-80. Es wird die Auseinandersetzung an verschiedenen Standorten dokumentiert.

ANTI-AKW-BEWEGUNG 1975-80

<p>3.2. 18⁰⁰ 10.2. 19⁰⁰ 17.2. 18⁰⁰ 15⁰⁰ 24.2. 19⁰⁰ 33. 19⁰⁰ 10.3. 19⁰⁰ 12.3. 20⁰⁰</p>	<p>LIEBER HEUTE AKTIV, ALS MORGEN RADIOAKTIV <i>„Hina geschickt“ Film über die Kampf ums Atomkraft 30 min</i></p> <p>VOR ORT: BROKDORF <i>dokumentarischer Film zu den Auseinandersetzungen um Brokdorf 25 min</i></p> <p>NEUBENDEFF <i>was dann befahl ihr auf der röhre</i></p> <p>ZWEI KÜHLTÜRME FÜR EIN HALLELUJA <i>grobste steine und das auch. also dort 60 min</i></p> <p>GORLEBEN - TRECK <i>Film über den treck und die arbeit der arbeitenden großtöne in hammer 65 min</i></p> <p>REPUBLIK FREIES WENDLAND <i>bis auf 1009, die räumung und die arbeit des leutes, radio freies wendland 65 min</i></p> <p>NEUBENDEFF <i>alle die durch die filme interesse an der bi bekommen haben, könnt' mal kommen!</i></p> <p>DAS URAN GEHÖRT DER REGENBOGENSCHLANGE <i>gewerkschaften und wohnwörter im kampf um das umweltschutz uran</i></p>
---	---

alle Filme im HANS DER JUGEND, Hofmstr. (R3)

Megaphon zum Rückzug auf. Gleichzeitig setzten Hubschrauber in Windrichtung (Osten) ca. zwei Hundertschaften aus. 5. Min. später wurden wir [...] von Hubschraubern angegriffen. Sie flogen etwa 10 bis 20 Meter über uns hinweg und warfen Tränengas ab. Die Luft blitzte auf und lila Gas sackte herab. [...] Ich sehe wie ein Hubschrauber hochfliegt, sich fallen läßt, und sich erst kurz über den Köpfen wieder abfängt. Die Leute kegeln weg wie Puffreis. BGS-Bullen hinterher. Sie schlagen nieder, was nicht weglaufen kann. Hubschrauber kommen, werfen Tränengas ab. Ich laufe zerrissen zwischen Ohnmacht und Wut.“

Die massive Polizeigewalt musste gerechtfertigt werden. Zwei Demonstranten, die sich in einem Wassergraben mit einem Polizisten geprügelt hatten, wurden wegen versuchten, gemeinschaftlichen Mordes angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt.

Für die norddeutsche Anti-AKW-Bewegung war die Demonstration von Bedeutung, weil sie trotz einer enormen Mobilisierung letztlich als Niederlage erfahren wurde. Viele Aktive – auch in der Celle Bürgerinitiative – zogen sich zurück. Nur noch ein harter Kern fuhr zu den Demonstrationen des Jahres 1982 in Gorleben, Kalkar und am Schacht Konrad. Im Jahr 1983 schlossen sich die verbliebenen Aktivist*innen mit autonomen AntiFas zur „Unabhängigen Initiative“ zusammen. Die Zeit der „Bürgerinitiative zum Schutz vor Atomenergiegefahren“ war vorbei. In anderen Organisationsformen fanden sich aber rund um Tschernobyl, später Gorleben/Castor und dann Fukushima in Celle schnell Menschen zusammen, die Protest gegen das Atomprogramm organisierten.